

## **Merkblatt zum Nachweis zur Angemessenheit der Kosten mit dem Grundantrag**

Die Vorgaben aus den europäischen Bestimmungen zum EMFAF und aus dem Landeshaushaltsrecht verlangen die Einhaltung bestimmter Regeln, um sicherzustellen, dass öffentliches Geld zweckentsprechend, wirtschaftlich und sparsam verwendet werden. Gleichzeitig soll der Aufwand für die Antragstellenden möglichst niedrig gehalten werden.

Deshalb gelten in Übereinstimmung mit Nummer 6.3 der EMFAF-Richtlinie NRW folgende Mindestanforderungen für den Kostennachweis mit dem Grundantrag:

Kostet ein Einzelauftrag innerhalb einer Maßnahme voraussichtlich

- a) weniger als 500 € netto, dann reicht für den Grundantrag eine Schätzung, die als Nachweis dient.
- b) zwischen 500 und 7.500 € netto, dann ist mindestens eine Recherche im Internet oder Katalog vorzulegen.
- c) über 7.500 € netto, ist ein schriftliches Angebot, das zum Zeitpunkt der Antragstellung gültig ist, vorzulegen.

Grundsätzlich können die Mindestanforderungen je Nettobetrag auch überschritten werden. So kann natürlich auch ein Angebot für einen Einzelauftrag innerhalb einer Maßnahme unter 7.500 € netto eingeholt werden. Angeführte Nachlässe, Skonti etc. sind bei der Ermittlung der Kosten zu berücksichtigen.

Bei dem Einzelauftrag kommt es nicht auf die Einzelpositionen an; es wird vielmehr der Gesamtleistung betrachtet, daher gehören Leistungen, die in einem funktionalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang (z.B. Anschaffung von Fanggeräten, Maurerarbeiten) stehen, zu einem Einzelauftrag. Eine künstliche Splittung eines Auftrages zur Umgehung dieser Regelung ist nicht zulässig.

Mit dem Grundantrag ist im Gegensatz zum Antrag auf Auszahlung aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds / (Zwischen-)Verwendungsnachweis immer nur ein Nachweis Einzelauftrag erforderlich.

Außerdem sind für Baumaßnahmen zusätzlich als Kostennachweis einzureichen:

- a) Kostenberechnungen, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277 oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283
- b) Bestätigung der Baukosten durch Architekten oder Sachverständigen

Bei beantragten Zuwendungen für Personalausgaben oder sächliche Verwaltungsausgaben (z.B. Reisekosten, Tagegeld, Übernachtungsgeld, Nebenkosten) sind immer folgende Angaben zwingend erforderlich:

- a) Übersicht der Personalausgaben, Gehaltsgruppe und Leistungsbeschreibung der Tätigkeit
- b) voraussichtliche Wegestreckenentschädigung, Fahrtstrecken mit voraussichtlichen Abfahrts- und Ankunftsort
- c) Höhe des Tagegeldes, Angabe der voraussichtlichen Abwesenheitszeit (von / bis), Kürzung bei unentgeltlich Verpflegung
- d) Angabe der Übernachtungskosten, Übernachtungsorts, bei einem Betrag über 80 Euro eine eingehende Begründung.

**Wichtig:** Es dürfen in der Regel keine Verträge geschlossen werden bis die entsprechende Erlaubnis der Bewilligungsbehörde vorliegt.